

Dringlichkeitsantrag	Datum	Nummer
Öffentlich	18. Nov. 08	1172/08
Absender		
BIBS-Fraktion Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat- Verwaltungsausschuss - Rat	20. Nov. 08	
Betreff		
- Polizeiliche Ingewahrsamnahmen in Braunschweig - insbesondere polizeilicher Unterbindungsbewahrsam und Verbringungsbewahrsam.		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Der Rat der Stadt ist besorgt über die Vorkommnisse, die zur vorbeugenden „polizeilichen Ingewahrsamnahme“ der Robin-Wood Umwelt-Aktivistin Cécile Lecomte im Zuge der Castor-Atomtransporte vom 7.-10.11.2008 geführt haben.

Der Rat bittet die niedersächsische Landesregierung um Aufklärung über die spezifischen Funktionen und Verwendungen der Langzeit-Gewahrsamstelle bei der Braunschweiger Bereitschaftspolizei in der Friedrich-Voigtländer-Str., vor allem auch im Hinblick auf zukünftig zu erwartende Präventivmassnahmen, auch gegen gewaltlos agierende Demonstranten und Demonstrantinnen. Der Rat bittet die Landesregierung weiter, sicher zu stellen, das gewaltlos agierende Demonstrantinnen adäquat behandelt werden und nicht wie schwere Gewalttäter.

Begründung:

Aus Respekt vor dem menschlichen Selbstbestimmungsrecht und zum Schutz der Stadt Braunschweig und des Landes Niedersachsen ist zukünftig insbesondere zu gewährleisten, dass die Bürger- und Menschenrechte jederzeit gewahrt werden und den gefangenen Demonstrantinnen Gelegenheit gegeben wird, mit Personen ihres Vertrauens und der Öffentlichkeit jederzeit Kontakt aufzunehmen und Einblick in die vorbeugenden Haftbedingungen zu bieten, so dass der Eindruck, dass in Niedersachsen und Braunschweig Personen im Auftrag der öffentlichen Gewalt "spurlos verschwinden" können, gar nicht erst entstehen kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Peter Rosenbaum